



KOMMENTAR

25 Jahre Aufgabe Bahnpolizei

Von Erika Krause-Schöne, stellv. Vorsitzende des GdP-Bezirks Bundespolizei

Die Geschichte der Aufgabe Bahnpolizei ist fast so alt wie die Bahn selbst. Sie beginnt mit der Jungfernfahrt der Eisenbahn zwischen Nürnberg und Fürth am 7. Dezember 1835. Damals war die Eisenbahn eine technische Revolution und wurde schnell zum Motor für die Industrialisierung. Die Menschen erkannten und nutzten die Vorteile der schnellen Beförderung. Dies ist die Geburtsstunde der „Bahnpolizei“.

Die mit der Eisenbahn einhergehenden Gefahren wurden bald erkannt und so erließ als erster der Magistrat der „königlich bayrischen Stadt Nürnberg“ als Polizeienat eine Verfügung, in der auf die Gefahren dieses Verkehrsmittels hingewiesen und die Beamten der Eisenbahngesellschaft mit polizeilichen Aufgaben betraut wurden.

Dem Eisenbahnaufsichtspersonal wurden hierdurch erstmalig polizeiliche Befugnisse übertragen und die Entscheidung für eine Sonderpolizei getroffen. Die Vorteile dieser Entscheidung waren, dass Spezialisten effektiv bahntypische Gefahren abwehrten, die Bahnbediensteten vor Ort waren und eine Entlastung der „Allgemeinen Polizei“ erreicht werden konnte. In der Folgezeit wurden für seine Bahnstrecken vom jeweiligen Land sogenannte „Bahnpolizeireglements“ erlassen, nach denen Bahnbedienstete für die Ordnung und Sicherheit auf dem Bahngelände und in den Zügen zu sorgen hatten.

Die bahnpolizeiliche Aufgabe erfuhr im Lauf der Geschichte aufgrund von gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Erfordernissen viele Veränderungen. Diese reichen von der Vereinheitlichung der „Bahnpolizeireglements“ 1871 über die Schaffung der ersten Eisenbahn-Bau- und Betriebsordnung (EBO) 1904 bis zur heutigen Aufgabenwahrnehmung

Bahnpolizei durch die Bundespolizei gem. § 3 BPolG.

Deutsch-deutsche Geschichte

Einen besonderen Aspekt in der Geschichte der Bahnpolizei bilden die Jahre von 1949 bis 1990. Die Teilung Deutschlands wirkte sich auch auf die „Bahnpolizei“ aus. In der Bundesrepublik Deutschland nahmen ehemalige Reichsbahnbeamte jetzt als Beamte der Deutschen Bundesbahn die bahnpolizeilichen Aufgaben wahr. 1951 wurden sie zu einer bundeseinheitlichen Bahnpolizei zusammengefasst und als Teil der Bundesverwaltung dem Bundesverkehrsministerium unterstellt. Das bedeutete, dass die Strafverfolgung bahnspezifischer Delikte Teil der bahnpolizeilichen Aufgabenstellung des Bundes, aber keine bundespolizeiliche Aufgabe auf dem Gebiet der Strafverfolgung war.

Auf dem Gebiet der ehemaligen DDR vollzog sich eine andere Entwicklung: 1945 wurde zunächst ein bewaffneter Bahnschutz „Bahnpolizei“ aufgestellt. Innerhalb eines halben Jahres wurden acht Bahnpolizeiämter geschaffen und im Februar 1949 die Eisenbahnpolizei zu einem Dienstzweig der Deutschen Volkspolizei (DVP) erklärt und in Transportpolizei umbenannt. Diese gliederte sich in Abschnitten und Ämtern mit kasernierten Einheiten und den Bereichen der Schutz- und Kriminalpolizei. 1971 wurde die Transportpolizei umorganisiert. Die 15 gebildeten Transportpolizeiämter wurden in die jeweiligen Polizeistrukturen der DDR eingegliedert und den Bezirksbehörden der DVP unterstellt. Den Transportpolizeiämtern waren Transportpolizeireviere nachgeordnet.

Wiedervereinigung

Mit der politischen Wende in der DDR, der Wiedervereinigung beider



Foto: GdP

deutscher Staaten und dem Inkrafttreten des Einigungsvertrages am 3. Oktober 1990 wurde die bahnpolizeiliche Aufgabenwahrnehmung in den neuen Bundesländern neu definiert, denn ab dem 23. September 1990 nahmen im Beitrittsgebiet die Angehörigen des Bundesgrenzschutzes (BGS) die bahnpolizeiliche Aufgabe als Bahnpolizeibeamte wahr. Die bahnpolizeiliche Aufgabe wurde dem Bundesministerium des Innern (BMI) übertragen und somit die Transportpolizei der DDR in die bundespolizeiliche Verwaltung, hier den BGS, eingegliedert.

In den Alt Bundesländern gab es Mitte der 1980er-Jahre zwei voneinander unabhängige Anlässe, die ebenfalls im Ergebnis zum Übergang des Fahndungsdienstes und der hauptamtlichen Bahnpolizei in den Bundesgrenzschutz führten. Einerseits beabsichtigte der Vorstand der Deutschen Bundesbahn aus wirtschaftlichen Gründen den Fahndungsdienst aufzulösen. Hiergegen

Fortsetzung auf Seite 2



Fortsetzung von Seite 1

äußerte die Innenministerkonferenz Bedenken, weil sie nicht vertretbare Sicherheitseinbußen befürchtete. Andererseits bestand ein Interesse des Bundesinnenministers, für die bei Inkrafttreten des EG-Binnenmarktes 1993 erwartete Verminderung der Aufgaben des Bundesgrenzschutzes im Einzeldienst einen Ausgleich zu finden. Aufgrund der engen Verzahnung der Aufgaben des Fahndungs- und des Bahnpolizeidienstes sollte geprüft werden, ob beide durch den BGS übernommen werden sollten. Hierfür setzten der Bundesverkehrs- und der Bundesinnenminister im Oktober 1988 eine ressortübergreifen-

de Arbeitsgruppe ein, die in ihrem Bericht zwei Jahre später zu dem Ergebnis kam, dass die Aufgaben der hauptamtlichen Bundesbahnpolizei und des Fahndungsdienstes für eine Übernahme durch den BGS geeignet seien.



Bei einem Bahnunfall direkt vor Ort: die Bundespolizei. Foto: GdP

Bundeseinheitliche Regelung

Aufgrund der Wiedervereinigung Deutschlands war die Aufgabenwahrnehmung im Bereich der Bahnpolizei dringend bundesweit einheitlich zu regeln. Dies erfolgte am 1. April 1992 mit der Übertragung der Aufgaben der Bahnpolizei und des Fahndungsdienstes der Deutschen Bundesbahn auf den Bundesgrenzschutz. Die Aufgaben waren definiert als primäre „Abwehr von Gefahren für die öffentliche Sicherheit oder Ordnung auf dem Gebiet der Bahnanlagen der Bundes-eisenbahnen, die den Benutzern, den Anlagen oder dem Betrieb der Bahn drohen oder beim Betrieb der Bahn entstehen oder von den Bahnanlagen ausgehen“ und als sekundäre unter anderem die „Verkehrsüberwachung auf dem Gebiet der Bahnanlagen [...]“ sowie die „Verfolgung von Ordnungswidrigkeiten [...]“.

Im Zuge dessen gab es diverse politische Auseinandersetzungen sowie eine Normenkontrollklage des Landes Nordrhein-Westfalen beim Bundesverfassungsgericht, das jedoch die Aufgabenübertragung 1998 als verfassungsmäßig anerkannte.

Die Zuständigkeit der Bundespolizei im bahnpolizeilichen Aufgabenbereich ergibt sich heute aus den einschlägigen Paragrafen des Bundespolizeigesetzes. Hier ist die Bundespolizei allein zuständig.

Drei Reformen

Mit der Reform I wurden zum 1. April 1992 die Grenzschutzverwaltungen und -kommandos zu Bundesgrenzschutzpräsidien umstrukturiert. In den Präsidien und den gebildeten Grenzschutz- und Bahnpolizeiamttern waren die Aufgabenwahrnehmungen

Bahnpolizei und Grenzschutz/Luftsicherheit voneinander getrennt und wurde in den nachgeordneten Dienststellen auch separat wahrgenommen. So waren die operativen Dienststellen die Bahnpolizeiwachen mit den jeweils nachgeordneten Bahnpolizeiposten und den Grenzschutz-/Grenzübergangsstellen im Einzeldienst des BGS. Es gab neben den Ausbildungsstätten spezielle Schulungsstätten für den Einzeldienst, wie z. B. ab 1. April 1992 die Bahnpolizeischule in Schwandorf.

In der Praxis zeigte sich jedoch schnell, dass sich gerade an einem Ort mit Grenzbezug die Aufgaben überschneiden und für die Bürger nicht nachvollziehbar war, wieso ein anderer Beamter in gleicher Uniform hinzugezogen wurde, wenn es zu einem Diebstahl in einem Bahnhof mit Grenznahe kam oder ein Dokument für einen Grenzübertritt auszustellen galt. Bereits 1994 wurde daher die Idee der integrativen Aufgabenwahrnehmung geboren. Jeder Einzeldienstbeamte sollte auch in der jeweils anderen Aufgabenwahrnehmung geschult werden, je nach regionalem Bedarf. 1996 gab es die ersten Bundesgrenzschutzinspektionen als „Versuchsmodell“.

Mit der Reform II wurden 1998 bundesweit die verschiedensten Dienststellen des Einzeldienstes je nach Bedarf zu Bundesgrenzschutzinspektionen mit integrativer Aufgabenwahrnehmung umstrukturiert und den jeweiligen Bundesgrenzschutzämtern mit je einer Inspektion Verbrechensbekämpfung nachgeordnet. Am 1. Juli 2005 wurde der Bundesgrenzschutz schließlich in „Bundespolizei“ umbenannt.

Mit der Neuorganisation der Bundespolizei im Jahr 2008 wurde die Dienststellenstruktur erneut komplett



DEUTSCHE POLIZEI
Ausgabe: **Bezirk Bundespolizei**

Geschäftsstelle:
Forststraße 3a,
40721 Hilden
Telefon (02 11) 71 04-0
Telefax (02 11) 71 04-555
Adress- und Mitgliederverwaltung:
Zuständig sind die jeweiligen
Geschäftsstellen der Landesbezirke.

Redaktion:
Dr. Hartmut Kühn (V.i.S.d.P.)
Forststraße 3a,
40721 Hilden
Telefon (02 11) 71 04-0
Telefax (02 11) 71 04-555
Internet: www.gdp-bundespolizei.de
E-Mail: info@gdp-bundespolizei.de
Anja Scheuermann
Tel.: 0211-7104514
E-Mail: scheuermann@gdp-bundespolizei.de

Die Redaktion behält sich vor, LeserInnenbriefe gekürzt zu veröffentlichen. Für unverlangt eingesandte Manuskripte übernehmen wir keine Gewähr. Namentlich gekennzeichnete Artikel stellen nicht in jedem Fall die Meinung der Redaktion dar. Nachdruck und Verwertung, ganz oder teilweise – auch in elektronischen Medien – nur mit ausdrücklicher Genehmigung der Redaktion. Dies gilt auch für die Aufnahme in elektronische Datenbanken und Mailboxes sowie für Vervielfältigungen auf CD-ROM.

Verlag und Anzeigenverwaltung:
VERLAG DEUTSCHE
POLIZEILITERATUR GMBH
Anzeigenverwaltung
Ein Unternehmen der
Gewerkschaft der Polizei
Forststraße 3a, 40721 Hilden
Telefon (02 11) 71 04-1 83
Telefax (02 11) 71 04-1 74
Verantwortlich für den Anzeigenteil:
Antje Kleuker
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 39
vom 1. Januar 2017

Herstellung:
L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG
DruckMedien
Marktweg 42-50, 47608 Geldern
Postfach 14 52, 47594 Geldern
Telefon (0 28 31) 3 96-0
Telefax (0 28 31) 8 98 87

ISSN 0949-2836



KOMMENTAR

durcheinandergewirbelt, Bundespolizeiinspektionen neu gebildet, die Bundespolizeiämter und -präsidien aufgelöst und Bundespolizeidirektionen als nachgeordnete Behörden des Bundespolizeipräsidiums gebildet.

Fachwissen gefragt

In der täglichen Dienstverrichtung zeigt sich aber, dass detailliertes

Wissen in der jeweiligen Aufgabenwahrnehmung weiterhin gefragt ist. Gerade der Bahnbetrieb in seiner Komplexität mit den verschiedensten Unternehmen, die den Bundesschienenweg, die Bahnanlagen einschließlich der Bahnhöfe nutzen, und den Menschen, die im Mittelpunkt unserer Aufgabenwahrnehmung stehen, fordern eine fachkundige Polizei. Neben bahnpolizeispezifischen Lehrgängen und Unterweisun-

gen ist heute umso mehr das Fachwissen der Kollegen/-innen vor Ort gefragt.

Nach dieser wechselvollen Geschichte der bahnpolizeilichen Aufgabenwahrnehmung ist diese nun seit 25 Jahren Aufgabe der Bundespolizei und somit ein fester Bestandteil der Sicherheitsarchitektur der Bundesrepublik Deutschland.

Wir gratulieren herzlich zum Jubiläum!

BAHNPOLIZEI

Berthold Hauser ist Mitglied im geschäftsführenden Bezirksvorstand und zusammen mit Erika Krause-Schöne zuständig für den bahnpolizeilichen Bereich. Der Vater von drei Töchtern ist seit 1979 Gewerkschaftsmitglied, Vorsitzender der Direktionsgruppe Baden-Württemberg und als Personalrat, z. B. im HPR, aktiv. Berthold nimmt regelmäßig an Projekten zur Bahnsicherheit gemeinsam mit Gewerkschaft EVG teil.

DP: In den vergangenen Monaten mussten wir erleben, wie die bahnpolizeilichen Aufgaben der Bundespolizei zunehmend stiefmütterlich behandelt wurden und unter einem enormen Personalmangel leiden. Woran liegt das und wie wirkt sich das im Alltag aus?

Berthold: Der enorme Personalmangel liegt weit in der Vergangenheit begründet. Zum einen wurde verpasst, rechtzeitig für Personalnachwuchs zu sorgen, zum anderen ist es politischer Wille, dass weiterhin die Grenze verstärkt wird und wir Abordnungen nach Bayern und bei fast jeder Bundespolizeidirektion mit Flughafen intern an die Flughäfen stellen müssen. Bei mir stellt sich immer mehr die Erkenntnis ein, dass wir nicht mehr nur von Revieren reden werden, sondern sogar von der Zusammenlegung von Inspektionen. Ich hoffe, dass es dazu nicht kommen muss.

Die Abgabe von Mitarbeitern an die Bundespolizeiakademie zur Unterstützung der Arbeit in den Aus- und Fortbildungszentren ist notwendig, reduziert jedoch wieder das Personal an den Stammdienststellen. Die Auffüllung der Stäbe, mit Umsetzungen und Abordnungen dorthin, sorgt auch für Personalfehl im operativen Bereich der Dienststellen. Dazu kommt die Aufga-

benvielfalt der Bundespolizei, die ohne Personalaufwuchs besonders in den letzten Jahren signifikant gestiegen ist. Die Auswirkungen sind, dass Aufträge, die gesetzlich vorgegeben sind, nur teilweise oder gar nicht wahrgenommen werden können. Vielfach ist die Aufgabenübernahme durch die Landespolizei erforderlich. Die Anzahl der Präsenzstreifen tendiert gegen Null und als Folge des Personalfehls kommt es zu vermehrten Beschwerden von Bürgern. Die noch verbliebenen Beschäftigten müssen ein immenses Arbeitsaufkommen bewältigen, was zu enormer Belastung führt. Der Krankenstand steigt und die aufkommende Frustration und Unzufriedenheit trägt nicht dazu bei, die bisher sehr hohe Motivation zu unterstützen.

Zusatzdienste und Aushilfen in anderen Dienstgruppen sind notwendig. Die temporäre Schließung von Revieren ist an der Tagesordnung. Der Rückzug aus der Fläche ist vorprogrammiert und nicht akzeptabel. Wenn in einem Großstadtbereich nur noch eine oder zwei Streifen einsetzbar sind und dies nur unter Zuhilfenahme des Dienstgruppenleiters, dann müssen langsam bei allen Verantwortlichen die Alarmglocken klingeln. Unsere Kolleginnen und Kollegen häufen Mehrarbeit und Überzeitarbeit an und haben keine Aussicht auf Abbau dieser Stunden. Dringend notwendige Fortbildung wird auf Sparflamme gekocht. Da stimmt die Work-Life-Balance hinten und vorne nicht mehr.

DP: Wie gehen die Kollegen/-innen damit um? Mit welchen Problemen kommen sie auf Dich als Personalrat zu?

Berthold: Durch den Rückzug aus der Fläche und den akuten Personalmangel ist eine heimatnahe Verwendung im Bereich der Bundespolizei vielfach nicht möglich. Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf kann nicht

entsprechend umgesetzt werden. Das soziale Umfeld wird immer mehr vernachlässigt. Für die Personalvertretungen häufen sich die Eingaben hierzu. Eine planbare Dienstgestaltung ist fast nicht mehr möglich. Der Abbau von geleisteter Mehrarbeit ist nur bedingt möglich und belastet zusätzlich.

Viele Beschäftigte mit ihrem Fachwissen im bahnpolizeilichen Bereich gehen in den Ruhestand. Mit ihnen geht ein großer Fundus an Knowhow verloren. So wird unter anderem die Wiederaufnahme des BaPo-Grundlehrgangs zur Erlangung von spezifischem Fachwissen im Dienstzweig Bahnpolizei von vielen gefordert.



Foto: GdP

DP: Mit dem Konsolidierungsprogramm hat die GdP einen umfassenden Entwurf für nachhaltige Verbesserungen in der Bundespolizei vorgelegt. Was sind Eure Vorstellungen konkret für den Bahnbereich?

Berthold: Mit dem Konsolidierungsprogramm hat die GdP eine gute Vorlage gemacht, mit der man weiterkommen kann. Es muss auch der Politik

Fortsetzung auf Seite 4



Fortsetzung von Seite 3

klar sein, dass die bisherigen Zugeständnisse im Bereich der personellen und materiellen Ausstattung dringend nötig waren. Im Bereich der Bahnpolizei benötigen wir das Personal nach dem aktuellen Organisations- und Dienstpostenplan und ganz besonders die Einhaltung und Fortführung des ODP. Die Fläche darf nicht länger preisgegeben werden und das heißt für uns: die Außenreviere müssen besetzt bleiben. Auch darf die Organisationsstruktur nicht in Stein gemeißelt sein. Sinnvolle Änderungen im Bereich der Reviere und Dienstverrichtungsräume müssen möglich sein. So benötigt man, nicht nur nach meiner Meinung, sondern auch aus dem was als Rückkoppelung aus dem h. D. bei mir ankommt, bei den Revieren die Einrichtung eines Dienstpostens des Revierleiters.

Im materiellen Bereich muss vor allem beim Digitalfunk alles flächendeckend bestückt sein. So auch in den Tunnelröhren in den Städten und auf der Strecke. Die Ausstattung mit Videografie muss der aktuellen Technik entsprechen und für die Auswertung das entsprechende Personal zur Verfügung gestellt werden. Ebenso die komplette Besetzung der Diensthundeführerstellen und die Bereitstellung von entsprechenden Haushaltsmitteln für Diensthunde.

DP: Bahnhöfe und Bahnanlagen gehören zur sensiblen Verkehrsinfrastruktur in Deutschland. Organisierter und professioneller Kabeldiebstahl und die Probleme im Fanreiseverkehr sind Themen, die die Bundespolizei schon lange beschäftigen. In den vergangenen Monaten mussten wir zudem islamistisch motivierte Anschläge in Zügen durch Einzeltäter oder Brandanschläge auf Gleisanlagen von extremistischen G20-Gegnern beobachten. Was glaubst Du werden in Zukunft die Herausforderungen für bahnpolizeiliche Arbeit sein?

Berthold: Das sind wichtige Teilaspekte für den Aufgabenbereich Bahn, die aber den ganzen Bereich nicht abdecken und nur einzelne Themen von vielen sind. Und diese werden uns mit Sicherheit noch länger beschäftigen. Man muss immer beachten, dass die genannten Anlagen und die Verkehrsinfrastruktur ein sogenanntes „weiches Ziel“ sind, die immer wieder von Anschlägen jeglicher Art getroffen werden können.



Castoreinsatz: Natürlich mit GdP-Einsatzbetreuung.

Foto: GdP

Was mich aber noch mehr zum **N a c h d e n k e n** bringt, ist die Anzahl und der An-

stieg der Übergriffe auf unsere Beschäftigten. Ich bin hier in einer bundesweiten Arbeitsgruppe mit der EVG und der DB Security und weiteren Partnern tätig. Der Respekt vor unseren Polizeibeschäftigten und den Mitarbeitern der Bahn lässt immer mehr nach. Die „Sichere Bahn“ ist ein Ziel, das dringend wieder erreicht werden muss. Die weitere Verrohung und Respektlosigkeit mancher Bürger macht uns geradezu fassungslos. Bilder und Videos von Beschäftigten sind sofort auf Facebook oder YouTube eingestellt und das oft mit dem falschen Eindruck. Das Problemklientel an und um die Bahnhöfe nimmt stetig zu. Wir stellen einen Anstieg der Gewaltkriminalität sowie der Diebstähle fest. Dem entgegenzuwirken, das wird eine der größten Herausforderungen neben der Bewältigung des Alltagsgeschäftes in den nächsten Jahren sein.

DP: Lieber Berthold, vielen Dank für dieses Gespräch!

NACHRUF

Tief erschüttert nehmen wir Abschied von unserem Mitglied, Kollegen und Freund

Raimund Bock

der am 29. 6. 2017 im Alter von nur 59 Jahren plötzlich und unfassbar für uns alle verstarb. Raimund versah seinen Dienst viele Jahre beim Polizeiärztlichen Dienst des BPOLAFZ Swisttal, bevor er den Vorsitz für den örtlichen Personalrat übernahm. Mit großem Erfolg übte er über viele Jahre die Ehrenämter als Vorsitzender und später als stellvertretender Vorsitzender in der Kreisgruppe BPOLAFZ Swisttal aus.

Die GdP und die Beschäftigten des BPOLAFZ Swisttal sind Raimund zu großem Dank verpflichtet. Mit ihm verlieren wir einen hilfsbereiten und sehr beliebten Kollegen.

Unsere Gedanken und unser Mitgefühl sind bei seiner Ehefrau und Familie.

**Rüdiger Maas für die GdP-Direktionsgruppe Akademie
Carmen Cuvelier für die GdP-Kreisgruppe AFZ Swisttal**

NACHRUF

Tief betroffen nehmen wir Abschied von unserem Kollegen und langjährigen Mitglied

Günther Müller

der am 4. 6. 2017 im Alter von 79 Jahren nach schwerer Krankheit verstarb.

Mit ihm verlieren wir einen stets freundlichen und hilfsbereiten Kollegen.

Unsere Anteilnahme und tiefes Mitgefühl gilt seiner Familie und Angehörigen.

Doreen Moosburger für die GdP-Kreisgruppe Rosenheim



NACHGEFRAGT

Detlev Mantei (55) wurde im März 2017 zum neuen Vorsitzenden der Tarifkommission des GdP-Bezirks Bundespolizei gewählt. Detlev folgte damit Peter Ludwig in der Funktion nach. Der gelernte Orthopädienschuhmacher ist seit über 30 Jahren verheiratet und lebt in Lübeck. 1983 wurde er in Lübeck beim damaligen Bundesgrenzschutz See eingestellt und trat bereits kurze Zeit später in die Gewerkschaft ein. Nach Fertigstellung der Bekleidungskammer in Neustadt in Holstein wechselte er 1990 dorthin. Während der Reform 1998 wurde Detlev zunehmend gewerkschaftlich aktiv und begann in der Folge seine Arbeit im Örtlichen, Gesamt- und Bezirkspersonalrat.

DP: Lieber Detlev, seit März bist Du neuer Vorsitzender der Tarifkommission. Wie waren die ersten 100 Tage für Dich?

Detlev: Die Zeit war vor allem geprägt von einer positiven Resonanz und Wertschätzung der gesamten Tarifkommission, natürlich auch verbunden mit einer gewissen Erwartungshaltung an mich – gerade in Hinblick auf die kommenden Tarifverhandlungen, die ja im März 2018 wieder anstehen. Aber ich glaube, da haben wir in der Tarifkommission mit den anderen Vertreterinnen und Vertretern der Direktionsgruppen und der Bezirksgruppe Zoll ein starkes Team. Dieses Gemeinschaftsgefühl und der Wille, zusammen etwas zu erreichen, stehen für mich im Mittelpunkt.

DP: Du warst bereits vorher ein erfahrenes Mitglied der Tarifkommission als Vertreter der GdP-Direktionsgruppe Küste und bist außerdem Mitglied im Bezirkspersonalrat. Wie bist Du eigentlich zur Gewerkschaftsarbeit gekommen?

Detlev: Bereits in den 80er-Jahren waren die Tarifverträge des BAT und die zugehörigen Manteltarifverträge extrem undurchsichtig und für die Beschäftigten nicht nachvollziehbar. Das hat in mir das Gefühl wachsen lassen, dass hier ein großes Ungechtigkeitspotenzial besteht. Hinzu kam die Erfahrung der Tarifverhandlungen 1987 und ihre Folgen: Damals wurden uns Tarifbeschäftigten in zwei Stufen nur Miniprozente zuge-

sprochen, mit der Zusicherung, dass dafür aber zusätzliche Arbeitsplätze im Tarifbereich geschaffen würden. Die Realität der kommenden Jahre war jedoch blanker Hohn. Denn es gab in der Folge nur ganz vereinzelte Einstellungen auf Antrag. In der Zeit von 1993 bis Ende 2013 wurden jährlich sogar 1 bis 1,5% der Beschäftigten im Tarif- und Verwaltungsbereich eingespart. Für die verbleibenden Kolleginnen und Kollegen bedeutete dies einen deutlichen Anstieg der Arbeitsbelastung durch stärkere Arbeitsverdichtung, zugleich Funktionen und sogenannte Nebenarbeiten. Da wird einem schnell klar: Wir Tarifbeschäftigten müssen uns organisieren und zusammenhalten, wir haben sonst keine Lobby.

DP: In den Ämtern, die Du bereits ausgeübt hast, hast Du Dir bestimmt schon eine hohe Frustrationstoleranz erarbeitet, denn die Themen im Tarifbereich sind oft besonders langwierig in der Durchsetzung. Das hat sich zum Beispiel wieder bei der Entgeltordnung (EGO) gezeigt. Woran liegt das?

Detlev: In der Vergangenheit waren vor allem Haushaltsgründe dafür verantwortlich. Der Tarifbereich wurde von den Arbeitsgebern als Sparmöglichkeit missbraucht. So hatten wir beispielsweise jahrelang das Problem, dass ausgelernte Fachkräfte statt mit der ihnen zustehenden Entgeltgruppe (EG) 5 nur mit der EG 3 vergütet wurden. Selbst heute gibt es immer noch vereinzelte Probleme mit der Eingruppierung. Schlimm ist, dass das vor allem immer die Kolleginnen und Kollegen mit den ohnehin niedrigsten Entgeltgruppen trifft.

DP: Was würdest Du sagen, müsste sich für Tarifbeschäftigte in Bundespolizei, Zoll und BAG am dringendsten ändern, um echte Verbesserungen für Tarifbeschäftigte zu erreichen?

Detlev: Da ist zuallererst die konsequente Umsetzung der Entgeltordnung. Da sind weiterhin wir Personalräte gefragt, immer ein waches und kritisches Auge darauf zu haben. Außerdem ist es unser Ziel, gerade weil die EGO von einer sogenannten „Grundeingruppierung“ spricht, den Tarifbereich auch für die Zukunft attraktiv zu gestalten.

Dazu gehört die Anwendung von § 5 des TvöD zur Fortbildung und Qualifizierung. Die Weiterqualifizierung ist im Tarifbereich extrem wichtig. Nicht nur weil die Arbeit in unse-



Tarifkommissionsvorsitzender Detlev Mantei
Foto: GdP

ren Behörden effektiv und auf der Höhe der Zeit gestaltet werden muss, sondern auch weil sich für die Beschäftigten daraus schließlich Höhergruppierungspotential ergibt. Dazu zählt auch, dass Aufgaben, die von Tarifbeschäftigten außerhalb ihrer übertragenen Tätigkeit wahrgenommen werden, endlich auch bei der Bezahlung entsprechend zu würdigen.

In der Vergangenheit haben wir mit diesen Forderungen bei den Arbeitgebern oft auf Granit gebissen. Ich habe jedoch den Eindruck, dass sich hier so langsam etwas dauerhaft zum Positiven verändert. Es gibt inzwischen einzelne Direktionen, die die Umsetzung der EGO mit den zugewiesenen Haushaltsmitteln zugunsten der Beschäftigten voll umgesetzt haben. Das macht Hoffnung und drückt endlich eine echte Wertschätzung der Leistungen unserer Kolleginnen und Kollegen aus. Das ist auch mehr als Recht, schließlich sind Tarif und Verwaltung tragende Säulen für die Bewältigung der Vollzugsaufgaben in den Behörden.

DP: Gibt es bereits konkrete Themen, die Ihr Euch als Tarifkommission für die kommende Zeit an Aufgaben vorgenommen habt?

Detlev: Neben den bereits genannten Themen Umsetzung der EGO, Qualifizierung und Höhergruppierung liegt ganz aktuell natürlich die Vorbereitung der Tarifrunde 2018 an. Viele Kolleginnen und Kollegen wün-

Fortsetzung auf Seite 6



NACHGEFRAGT

Fortsetzung von Seite 5

schen sich eine soziale Komponente, sei es ein Fest- oder Mindestbetrag für alle Beschäftigten, und keine lineare Erhöhung, damit die Gehaltschere nicht noch weiter auseinandergeht. Die ersten Abstimmungen

in den Tarifkommissionen finden jedoch erst zum Jahreswechsel statt. Dann wird sich zeigen, ob es für eine solche Forderung eine Mehrheit gibt. Außerdem fordern wir die konsequente Öffnung der Bewertungsstruktur/Entgeltgruppen aller Funktionen im Rahmen der Neuge-

staltung des Organisations- und Dienstpostenplans der Bundespolizei für den Tarifbereich; sowie einen Kaufkraftausgleich, um den Belastungen durch steigende Lebenshaltungskosten in Hochpreisregionen bei niedrigen Gehältern Rechnung zu tragen.

VOLLEYBALLTURNIER

Zufriedene Turniergewinner in Frankfurt (Oder).

Foto: GdP

Am 12. Mai fand bereits zum achten Mal das internationale Volleyballturnier der uniformierten Kräfte in Frankfurt (Oder) statt. Neben der sportlichen Herausforderung stehen hier auch die freundschaftlichen Beziehungen zu den

verschiedenen Organisationen im Vordergrund.

Insgesamt acht Mannschaften der Bundespolizei, der Landespolizei Brandenburg, des deutschen und des polnischen Zolls, des gemeinsamen Zentrums Swiecko, des polnischen Grenzschutzes sowie der Feuerwehr

Frankfurt (Oder) konnten der Inspektionsleiter der Bundespolizeiinspektion Frankfurt (Oder) und der stellvertretende Kommandant des polnischen Grenzschutzes Swiecko in diesem Jahr begrüßen.

Nach spannenden Spielen in der Vorrunde sowie einer anschließenden Haupt- und einer Trostrunde wurde der Gastgeber, die Mannschaft der BPOLI Frankfurt (Oder), vor den Mannschaften des polnischen Zolls und des Hauptzollamtes Frankfurt (Oder), nach Punkten der diesjährige Sieger.

Besonderer Dank geht an die GdP-Kreisgruppe BPOL Frankfurt (Oder), die zum wiederholten Male dieses Turnier mit organisiert und unterstützt hat. Alle teilnehmenden Mannschaften versprachen, auch im kommenden Jahr wieder an diesem gemeinsamen Traditionsturnier teilnehmen zu wollen.

Wir freuen uns schon darauf!

Sören Eue für die GdP-Kreisgruppe Frankfurt (Oder)

NACHRUFE

Tief betroffen nehmen wir Abschied von unserem Kollegen

Helmut Tesch

der am 26. Mai 2017 im Alter von 64 Jahren viel zu früh verstarb. Wir trauern um einen beliebten und anerkannten Kollegen, der zu seiner aktiven Zeit seinen Dienst für die Bundespolizeiinspektion Paserow im Bundespolizeirevier Ahlbeck versah.

Unser tiefes Mitgefühl gilt seiner Ehefrau und Familie.

Wir werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren.

**Dirk Stoß für die GdP-Direktionsgruppe Küste
Stephan Lange für die GdP-Kreisgruppe
Mecklenburg-Vorpommern**

Mit tiefer Trauer erfüllt uns der Tod unseres Kollegen

Carlo Neumann

der am 28. Mai 2017 im Alter von 53 Jahren nach schwerer Krankheit viel zu früh verstarb.

Mit ihm haben wir einen beliebten und freundlichen Kollegen verloren.

Unsere Gedanken und unser Mitgefühl sind bei seinen Angehörigen.

**Josef Senft für die GdP-Kreisgruppe Karlsruhe/
Nordbaden**



PERSONENGRUPPENKONFERENZEN



Delegierte von Frauengruppe und JUNGER GRUPPE bei der Festveranstaltung ...

Am 13. und 14. Juni fanden die Bezirksjugend- und die Bezirksfrauenkonferenz in Berlin statt. Bei den Bezirkskonferenzen handelt es sich um die jeweils höchsten Gremien der Frauengruppe und der JUNGEN GRUPPE. An beiden Tagungen nahmen jeweils rund 50 Delegierte aus Bundespolizei und Zoll aus allen Regionen Deutschlands teil.

Die Bezirksjugendkonferenz eröffnete Sven Hüber, stellv. Vorsitzender des GdP-Bezirks Bundespolizei und Vorsitzender des Hauptpersonalrates der Bundespolizei. Er schwor die jungen Kollegen/-innen auf die zukünftigen sicherheitspolitischen Herausforderungen in Deutschland ein und ermutigte dazu, sich energisch selbst für die Fortentwicklung des eigenen Berufsstandes einzubringen.

Die Eröffnungsrede bei der Bezirksfrauenkonferenz hielt die stellvertretende Bezirksvorsitzende und Vorsitzende der Bezirksfrauengruppe, Erika Krause-Schöne. Sie nutzte ihre Rede, um das Motto „Seid laut!“ aus ihrer Sicht zu erläutern: Frauen bringen sich auf allen Ebenen vielseitig mit ein: Sie schreiben Konzepte, Protokolle, recherchieren Sachverhalte – aber eben oft leise und im Hintergrund. Das soll endlich überwunden werden – sowohl dienstlich als auch gewerkschaftlich. Martina Filla, stellvertretende Vorsitzende der GdP-Bundesfrauen, widmete sich in ihrer Rede den großen frauenpolitischen Themen wie der Frauenförderung, Altersarmut und der Vereinbarkeit von Familie und Beruf. In allen Bereichen bringen sich GdP-

Frauen in der politischen Arbeit als auch mit praktischen Tipps für die Kolleginnen ein.

Die beiden bisherigen Vorsitzenden der Frauen- und JUNGEN GRUPPE, Erika Krause-Schöne und Matthias Zimmermann, legten in ihren Geschäftsberichten die Vorstandsarbeit der vergangenen vier Jahre dar und wurden von den Delegierten entlastet.

Highlight der gemeinsamen Festveranstaltung am ersten Tag war die Rede von und anschließende Podiumsdiskussion mit Bundesjustizminister Heiko Maas. Der Minister nutzte die Gelegenheit, den Delegierten die Gesetzesnovellierung zum Schutz von Polizeibeamten/-innen und Rettungskräften zu erläutern und versicherte den Teilnehmer/-innen, dass ihnen sowohl die Bevölkerung als auch die politisch Verantwortlichen hohe Anerkennung und Respekt für ihre Arbeit zollen. Zum Schutz der Einsatzkräfte wie auch der Bevölkerung seien seiner Meinung nach auch Verschärfungen im Waffenrecht erforderlich. Maas sprach auch über die Notwendigkeit gegen Hasskommentare in sozialen Medien vorzugehen. Nach seiner Meinung scheitert dies bislang am Willen der Unternehmen, was eine rechtliche Regelung notwendig macht. Dass von allen strafrechtlich relevanten Inhalten bei Facebook nur 36% gelöscht werden, bei Youtube aber 90%, liefert nach seiner Ansicht den Beweis, dass es bislang nicht an der Machbarkeit, sondern am fehlenden Willen der Unternehmen scheitert.

An der anschließenden Podiumsdiskussion nahm neben dem Bundesjustizminister auch Karlheinz Gärtner, ehemaliger Zivilfahnder in Berlin und Buchautor, teil. Die Moderation übernahm Sven Hüber. Schnell wurde klar, dass für wirkliche Verbesserungen nicht nur Gesetzesänderungen, sondern auch die zügige und konsequente Anwendung der Gesetze entscheidend ist.

Aus der JUNGEN GRUPPE wurde ein konkreter Fall geschildert, bei dem die Strafanzeige eines verletzten Kollegen fünf Jahre lang nicht verhandelt und nun aufgrund Verjährung eingestellt wurde. Dass so etwas nicht vorkommen darf, darüber waren sich alle Konferenzteilnehmer/-innen einig.

Der weitere Konferenzverlauf stand ganz im Zeichen der inhaltlichen Arbeit und der personellen Neuaufstellung. Zum neuen Bezirksjugendvorsitzenden wurde Martin Friese (29) aus der Direktionsgruppe Bayern, Dienststelle Flughafen München, gewählt. Martin war bislang als Jugendvertreter der DG Bayern im erweiterten Bezirksjugendvorstand tätig. Neue Bezirksfrauenvorsitzende wurde Martina Braum (46), Direktionsgruppe Akademie/AFZ Oerlenbach, die bereits in der vergangenen Amtszeit Beisitzerin im geschäftsführenden Bezirksfrauenvorstand war. Wir gratulieren beiden Vorsitzenden und ihren Teams herzlich zur Wahl und wünschen ihnen für die nun vor ihnen liegende Amtszeit viel Erfolg! Einen Überblick über alle neuen Vorstandsmitglieder findet Ihr unter gdp-bundespolizei.de.

Mit großem Dank und lautem Applaus wurden die scheidenden Vorstandsmitglieder verabschiedet. Aus dem bisherigen Bezirksfrauenvorstand verabschiedeten sich Carmen Kastner und Erika Krause-Schöne, die sich nicht erneut zur Wahl stellen. Erika Krause-Schöne wird der Frauengruppe jedoch als für Frauen zuständiges Mitglied des geschäftsführenden Bezirksvorstandes erhalten bleiben. Aus der JUNGEN

Fortsetzung auf Seite 8



... mit dem Bundesjustizminister.



PERSONENGRUPPENKONFERENZEN



Die Frauengruppe war ihrem Motto entsprechend eingekleidet.

Fortsetzung von Seite 7

GRUPPE verabschiedeten sich Christian Ollhoff, André Kutzner, Mirko Stegemann, Andreas Franzke, Daniel Schaufert, Michaela Wohlmuth und Stephan Burdeyko.

In beiden Konferenzen galt es außerdem über jeweils mehr als 30 Anträge zu entscheiden. Die beschlossenen Anträge bilden nun den Arbeitsauftrag für die neuen Vorstände in ihrer Amtszeit bis 2021.

Inhaltlich standen bei der JUNGEN GRUPPE Fragen der Berufsattraktivität im Vordergrund. Insbesondere

eine Förderung des Tarifbereichs und der Perspektiven für Berufsanfänger in Verwaltung und Vollzug. Die Teilnehmer/-innen sprachen sich für eine nachhaltige Personalpolitik aus, die die Folgen des demografischen Wandels zur Grundlage der Personalplanung macht.

Die Bezirksfrauenkonferenz beschäftigte sich vor allem mit den Themen Gewalt und mangelndem Respekt gegenüber weiblichen Beschäftigten in Bundespolizei, Zoll und BAG. Darüber hinaus ging es um Fragen der Vereinbarkeit von Familie und Beruf sowie der Geschlechtergerechtigkeit im Beruf.

AS



Über 30 Anträge galt es zu prüfen und zu beschließen.

Fotos: GdP

SENIOREN ON TOUR

Wieder einmal waren die Senioren der Kreisgruppe Sankt Augustin unterwegs. Dieses Mal ging es nach Erpel am Rhein, wo man die Reste der legendären Brücke von Remagen findet.

Der ehemalige Ortsbürgermeister von Erpel, Edgar Neustein, wies uns in die eindrucksvolle Geschichte der Brücke und des Ortes ein, beginnend von der Planung und dem Bau der Brücke in den Kriegsjahren 1916 bis 1918. Wie vielen wahrscheinlich aus dem berühmten Hollywoodfilm be-

kannt ist, endet die Brücke in einem 300 Meter langen Tunnel, in dem die Bahngleise nach Norden verlaufen. Anders als in dem Film gezeigt, ist durch Zeitzeugen verbürgt, dass von der deutschen Seite kein einziger Schuss gefallen ist. Anhand von Tagebuchaufzeichnungen von Erpeler Bürgern konnte unsere Gruppe einen anderen Eindruck darüber gewinnen, was sich am 7. März 1944 dort ereignete, als der Film es zeigt.

Nach einem herrlichen Mittagessen auf dem Marktplatz haben wir noch einen Einblick in die Historie des Ortes erhalten, dessen Ursprung bis in das 11. Jahrhundert zurück reicht.

Auf der Heimfahrt mit der Bahn waren sich alle einig, dass wir einen informativen Tag mit alten Kollegen verbracht haben. Der Auftrag für eine nächste Folgeveranstaltung im Herbst war da nur eine Selbstverständlichkeit.



Unterwegs auf historischen Spuren in Remagen.

Foto: GdP

Franz Hofmann

